Alarmierender Anstieg rechter Gewalttaten in Brandenburg

Höchste Zahl rechter Gewalttaten seit 2016 - Sprunghafte Zunahme bei Körperverletzungsdelikten - Rechte Mobilisierung führt zu vermehrten Attacken auf politische Gegner:innen

Für 2023 erfasste die Opferperspektive **242** rechtsmotivierte Angriffe. Dies ist ein massiver Anstieg gegenüber dem Vorjahr, als noch 138 rechte Übergriffe gezählt wurden. Besonders besorgniserregend ist der sprunghafte Anstieg bei gefährlichen Körperverletzungen: **60** solcher Taten wurden 2023 registriert, im Jahr 2022 waren es 39 – es ist also eine Zunahme um 54 Prozent zu verzeichnen. Dabei handelt es sich um den höchsten Wert bei diesen Delikten seit 2018. Auch einfache Körperverletzungen nahmen zu (2023: **74**, 2022: 66). Der Anstieg betrifft nicht nur Körperverletzungsdelikte, sondern zeigt sich auch bei Bedrohungen und Nötigungen. Hier hat sich zusätzlich die Erfassungspraxis der Opferperspektive gegenüber dem Vorjahr verändert. Die Opferperspektive hat die Erfassung dieses Straftatbestandes an die Kriterien bei Körperverletzungsdelikten angeglichen (siehe gesondertes Blatt). So fanden **98** Bedrohungs- und Nötigungsdelikte Eingang ins Monitoring der Opferperspektive (2022: 24). Das häufigste Tatmotiv war Rassismus. In **146** Fällen handelten die Angreifenden aus einer rassistischen Motivation heraus (2022: 91). Ebenso haben Angriffe auf politische Gegner:innen im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen (2023: **38**, 2022: 15). Unabhängig von den jeweils angewendeten Erfassungskriterien geht die Opferperspektive von der höchsten Zahl rechter Gewalttaten im Land Brandenburg seit 2016 aus.

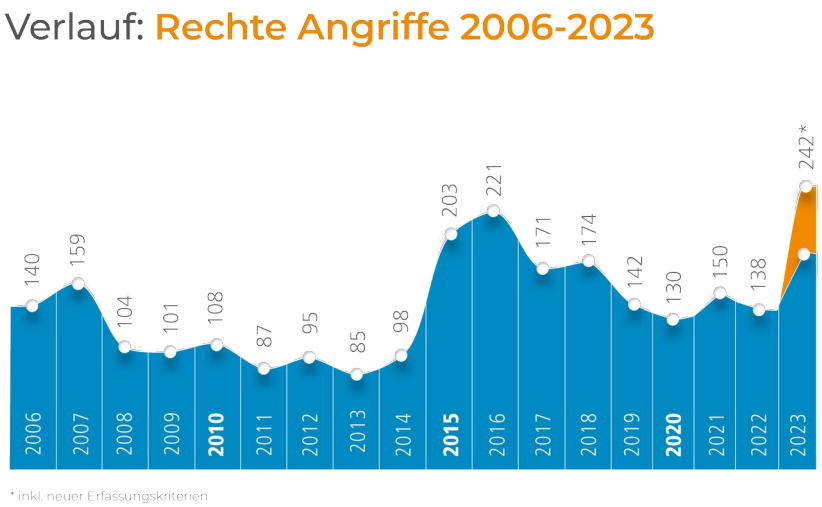

Abb. 1: Rechte Gewalttaten seit 2006.

Allgemeine Einschätzung

Im vergangenen Jahr hat sich in Brandenburg die Gefahr, aus rechten und rassistischen Motiven drangsaliert und angegriffen zu werden, erheblich verschärft. Die nahezu flächendeckende Zunahme rechter Gewalttaten in fast allen Kreisen und Regionen des Landes legt nahe, dass sich Rassist:innen angesichts der aktuell breiten Zustimmung zu rechten Positionen offenbar darin bestärkt sehen, ihre Überzeugungen gewaltsam durchzusetzen. Auffällig für die Opferperspektive ist die Häufigkeit, mit der Täter:innen bei rassistischen Übergriffen explizit äußerten, dass die Betroffenen nicht nach Deutschland gehören würden und das Land verlassen sollten.

Die Phase der relativen Latenz rechter Gewalt in Brandenburg ist vorüber. In den letzten drei Jahren verzeichnete die Opferperspektive nahezu konstant bleibende Angriffszahlen; die Verfestigung rechter Positionen wurde nicht durch eine deutliche Zunahme rechter Gewalt begleitet. Der Eindruck, dass sich nun eine neue Dynamik der Enthemmung entwickelt, wird bestärkt durch die hohe Anzahl an Kindern und Jugendlichen, die 2023 von rechtsmotivierten Angriffen direkt betroffen waren. Die Opferperspektive registrierte **45** angegriffene Kinder im Alter von 0-13 Jahren – der höchste Wert seit 2015. Sämtliche gegen Kinder gerichtete Gewalttaten waren rassistisch motiviert. Sie wurden häufig von älteren beziehungsweise erwachsenen Tätern verübt. Diese Taten sind Ausdruck rassistischer Abwertung und gezeichnet von dem Bestreben, nicht-deutsche beziehungsweise nicht-weiße Personen aus der Region zu vertreiben.

Im vergangenen Jahr sind politische Gegner:innen stärker ins Visier von Anfeindungen geraten. Überall in Brandenburg müssen Menschen, die sich gegen Rechts engagieren, mit Bedrohungen und Übergriffen rechnen. Die zunehmenden gesellschaftlichen Krisen werden von verschiedenen und teilweise sehr heterogenen Gruppierungen für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert. Vor diesem Hintergrund haben sich auch die Themen rechter Bewegungen und somit ihr gesellschaftlicher Einfluss erweitert. In diesem Kontext konnte die extrem rechte AfD, die erfolgreich an diese Gruppierungen anknüpft und ihre Bestrebungen befeuert, weiter an Zustimmung gewinnen. Im Allgemeinen erhalten rechte und rassistische Positionen mehr Raum und stoßen auf größere Resonanz im Land.Dies führt dazu, dass marginalisierte Gruppen online wie offline zunehmend an den Rand gedrängt und eingeschüchtert werden. Besonders spürbar war das im vergangenen Jahr für die LGBTIQ+ Community, die infolge gezielter rechter Mobilisierung und Propaganda stärkeren Anfeindungen ausgesetzt war.

Tatbestände

Wie auch in den Vorjahren stellen Körperverletzungsdelikte die am häufigsten erfassten Straftatbestände bei rechten Gewalttaten in Brandenburg dar. Die Opferperspektive registrierte **74 einfache und 60 gefährliche Körperverletzungen** (2022: 66; 39).

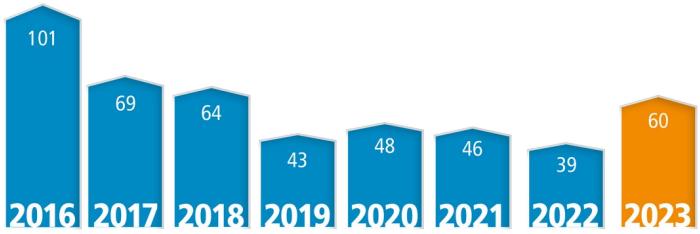

Abb. 2: Gefährliche Körperverletzungen seit 2016.

Auch bei den einfachen Körperverletzungen ist dies die höchste registrierte Anzahl seit 2018. Darauf folgen **Bedrohungen und Nötigungen** mit **98** registrierten Fällen. Der Anstieg lässt sich für Letztere teilweise durch die angepassten Erfassungskriterien erklären. Allerdings zeigt sich auch bei diesen Delikten eine Steigerung: 34 Nötigungs- und Bedrohungsdelikte wären nach der alten Zählweise in die Statistik aufgenommen worden (2022: 24). Hinzu kommen **4 rechtsmotivierte Raubstraftaten** (2022: 0) sowie **jeweils 2 Fälle von Brandstiftung** (2022: 1) und **massiver Sachbeschädigung**

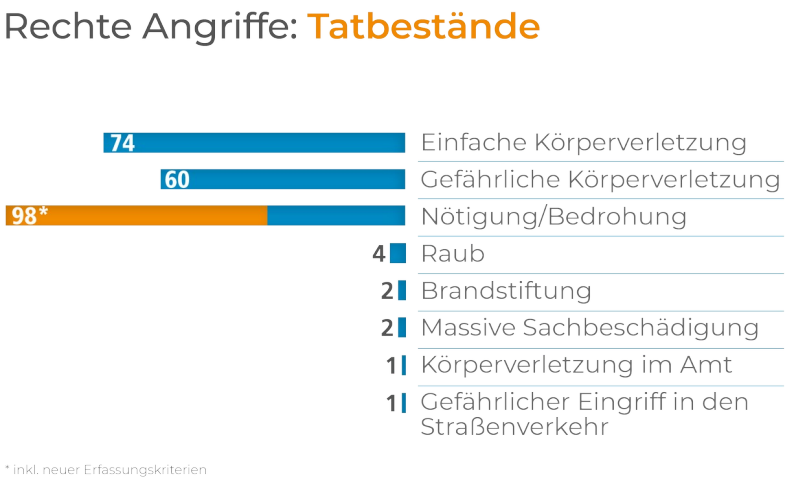

Abb. 3: Rechte Angriffe 2023 nach Tatbeständen.

(2022: 6). In einem Fall geht die Opferperspektive von **1 Körperverletzung im Amt** aus (2022: 0), in einem anderen von **1 gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr** – hier hatte eine Täterin im März auf dem Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen Nagelfallen ausgelegt, mit dem Ziel den Objektschutz zu verletzen.

Tatmotivationen

Wie bereits erwähnt, war Rassismus im Jahr 2023 erneut das häufigste Tatmotiv bei rechten Gewalttaten. Mit **146** rassistisch motivierten Vorfällen stieg die Anzahl solcher Taten um **59 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr (2022: 91). Darunter fallen auch **3** Attacken, die antiziganistisch motiviert waren.

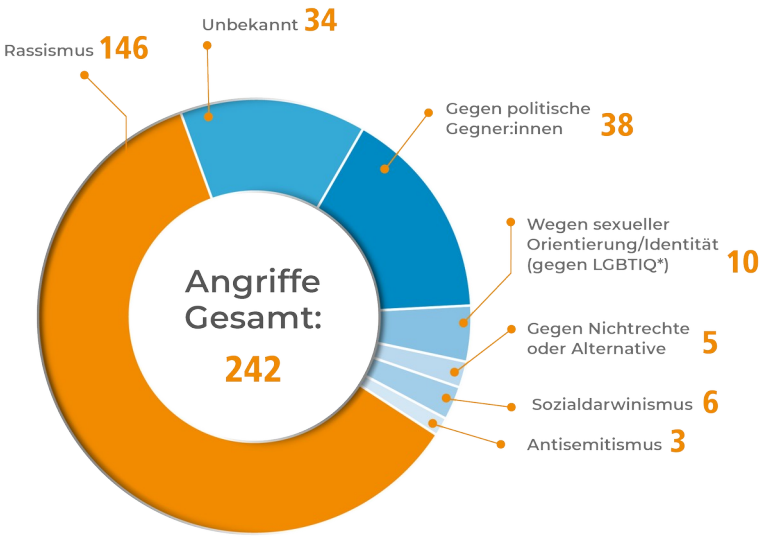

Abb. 4: Motive der Angriffe im Jahr 2023. Knapp 60% sind rassistisch motiviert, 15% richten sich gegen politische Gegner:innen.

Gewalt gegen politische Gegner:innen stieg auf **38** Fälle an (2022: 15), darunter **6** rechtsmotivierte Angriffe auf politische Verantwortungsträger:innen und **2** Übergriffe gegen Journalist:innen. **5** Taten richteten sich gegen Nicht-Rechte und Alternative (2022: 7). Die Opferperspektive erfasste zudem **10** LGBTIQ-feindlich motivierte Angriffe (2022: 4) sowie **6** sozialdarwinistische Gewalttaten (2022: 1). Antisemitismus war in **3** Fällen das Motiv rechter Täter (2022: 8). Die Fachstelle Antisemitismus der KIgA e.V. führt ein gesondertes Monitoring dieser Fälle durch, das zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist. Es ist daher von Nachmeldungen auszugehen.

Zusätzlich zu diesen Motiven gibt es in diesem Jahr erstmalig eine relativ hohe Anzahl von Übergriffen, bei denen das genaue Tatmotiv unbekannt ist (**34**). Bei diesen Fällen handelt es sich fast ausschließlich um Bedrohungs- und Nötigungsdelikte, die von der Polizei als PMK-rechts eingestuft wurden, bei denen die Opferperspektive aber über kein weiteres Datenmaterial verfügt.

Auf die spezifischen Entwicklungen bei einzelnen Motivlagen wird weiter unten im Text eingegangen, um ein umfassendes Bild zum Ausmaß und der Qualität rechter Gewalt im Land zu vermitteln.

Regionale Verteilung

Der starke Anstieg rechtsmotivierter Gewalttaten beschränkt sich nicht auf einzelne Regionen. In 15 von 18 Landkreisen wurden steigende Angriffszahlen verzeichnet. Besonders sprunghaft war die Zunahme in Dahme-Spreewald (2023: **24**, 2022: 7), Oberhavel (2023: **25**, 2022: 7), in der Uckermark (2023: **21**, 2022: 8) und Frankfurt (Oder) (2023: **16**, 2022: 6). Konstant hohe Angriffszahlen wurden auch in Märkisch-Oderland (2023: **22**, 2022: 17), Cottbus (2023: **19**, 2022: 19) und Ostprignitz-Ruppin (2023: **19**, 2022: 12) registriert.

Gesamtzahl der Angriffe: 242

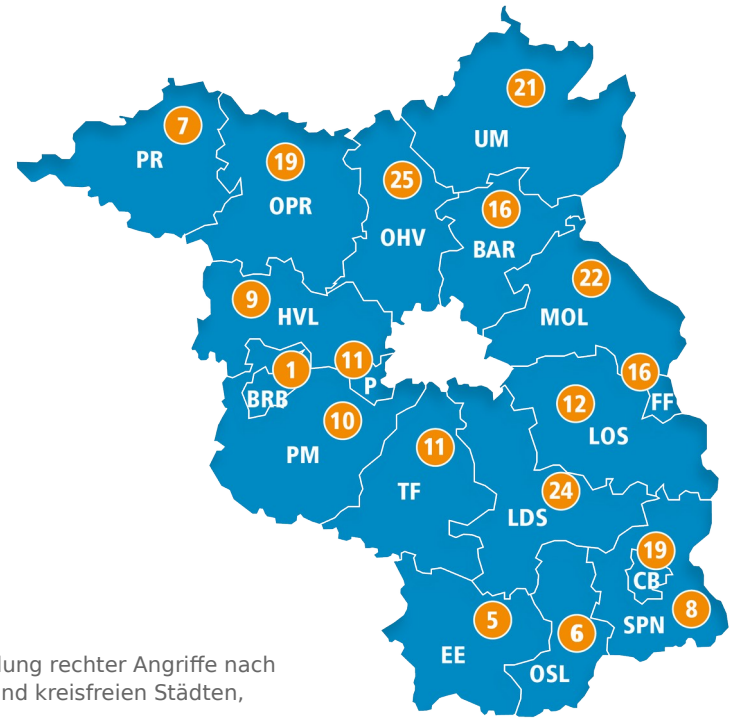

Abb. 5: Verteilung rechter Angriffe nach Landkreisen und kreisfreien Städten, 2023.

Ebenfalls gab es teilweise eine deutliche Zunahme registrierter Fälle im Barnim (2023: **16**, 2022: 10), in Oder-Spree (2023: **12**, 2022: 9), Teltow-Fläming (2023: **11**, 2022: 3), Potsdam-Mittelmark (2023: **10**, 2022: 4), im Havelland (2023: **9**, 2022: 4) sowie in den Landkreisen Spree-Neiße (2023: **8**, 2022: 5), Prignitz (2023: **7**, 2022: 3), Oberspreewald-Lausitz (2023: **6**, 2022: 2) und Elbe-Elster (2023: **5**, 2022: 1). In Potsdam blieb die Zahl der registrierten Angriffe unverändert (2023: **11**, 2022: 11). Einzig in Brandenburg an der Havel ging die Zahl der erfassten Angriffe deutlich zurück (2023: **1**, 2022: 10).

Deutlicher Anstieg rechter Gewalttaten in Dahme-Spreewald, Oberhavel, in der Uckermark und Frankfurt (Oder)

In Dahme-Spreewald lässt sich regional kaum ein klarer Schwerpunkt ausmachen. Zwar konzentrierten sich sechs Angriffe auf Schönefeld am Stadtrand von Berlin , doch insgesamt verteilten sich die registrierten Gewalttaten auf 13 verschiedene Gemeinden. In Schönefeld reichten die Übergriffe von rassistischen Attacken auf Taxi-Fahrer bis hin zu Anschlagsdrohungen gegen das Protestcamp am Flughafen, das sich gegen das Abschiebezentrum richtete. Die Landratswahl könnte das politische Klima vor Ort angeheizt haben. Besondere Aufmerksamkeit erhielten rassistische Angriffe auf eine Berliner Schulklasse in einem Feriencamp in Heidesee Anfang Mai sowie wiederholte Angriffe auf eine bosnische Familie in Lieberose im Süden des Landkreises, die zur Vertreibung der Familie aus dem Ort führten. Insbesondere im Fall von Heidesee versuchten die AfD und ihr Landratskandidat Steffen Kotré, den Übergriff zu verharmlosen und als Lügengeschichte darzustellen. Sie ergriffen Partei für die tatverdächtigen Jugendlichen.

Nach einem Rückgang der Angriffe in den vorherigen Jahren sind in Oberhavel die Fallzahlen 2023 wieder auf ein ähnliches Niveau wie in den Jahren 2018 und 2019 angestiegen. Die meisten Fälle ereigneten sich in Hennigsdorf (**9**) und Oranienburg (**5**), die restlichen Fälle verteilten sich auf sechs weitere Gemeinden. Fast alle Angriffe waren rassistisch motiviert. Knapp die Hälfte der Angriffe richtete sich gegen Kinder und Jugendliche. Das jüngste betroffene Kind war bei der rassistisch motivierten Tat erst zwei Jahre alt:

> *In Hennigsdorf fuhr ein Mann mit seinem Auto bei überhöhter Geschwindigkeit auf eine 44-jährige Frau und ihr Kleinkind zu, was beinahe zu einer Kollision mit schweren Verletzungen geführt hätte.*

Auch in der Uckermark liegt die Zahl der registrierten rechtsmotivierten Angriffe mit **21** wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor der Coronapandemie. Wie in den vergangenen Jahren wurden die meisten Angriffe in Prenzlau (**7**), Angermünde (**5**) und Schwedt (**4**) registriert. Die restlichen

Angriffe verteilten sich weitläufig über die westliche Uckermark. Auch hier war das Hauptmotiv Rassismus, jedoch gab es auch **einen** sozialdarwinistischen Angriff und **eine** queerfeindliche Attacke. Seit Jahren ist der Bahnhof in Angermünde ein Tatort für rassistische Angriffe.

> *Im November beleidigte ein 59-jähriger Mann am Bahnhof zur Mittagszeit einen Schwarzen Mann rassistisch, skandierte Naziparolen und griff den Betroffenen schließlich mit einer Glasflasche an. Als der Betroffene floh, verfolgte ihn der Angreifer. Positiv zu erwähnen ist hier die Zivilcourage eines Passanten: Ein zufällig anwesender 18-jähriger Geflüchteter griff ein, entwaffnete den Rechten und hielt ihn bis zum Eintreffen der Polizei fest.*

In Frankfurt (Oder) bedeutet die Erfassung von **16** Angriffen eine massive Zunahme rechter Gewalt. Es ist der höchste Wert seit 2016. Die Hälfte der Taten war hier rassistisch motiviert. Besonders auffällig in der Stadt ist die Häufigkeit von Angriffen auf politische Gegner:innen (**5**). Hinzu kamen **2** queerfeindliche Übergriffe. Ein Grund für den Anstieg an Gewalttaten ist eine lokal verankerte, aggressiv auftretende Neonaziszene. Sie wurde neuerdings mit den sogenannten „Frankfurter Freigeistern“ um eine weitere rechte Struktur ergänzt, die als Sammelbecken für Rechte, Rassist:innen und Verschwörungsideolog:innen dient. Am Beispiel von Frankfurt (Oder), aber auch dem angrenzenden Landkreis Märkisch-Oderland, lässt sich herausstellen, dass ehrenamtliche und lokal vernetzte Registerstellen, wie sie hier existieren, von unschätzbarem Wert für die Beleuchtung des Dunkelfeldes und die Thematisierung rechter Gewalt sind.

Tatbetroffene

Im Land Brandenburg waren 2023 nach Kenntnis der Opferperspektive mindestens **390** Menschen von rechter Gewalt betroffen. Dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (2022: 245, 2021: 215) und markiert die höchste registrierte Zahl seit 2016.[1] In **196** Fällen waren erwachsene Personen betroffen (2022: 156). **88** Betroffene waren zum Tatzeitpunkt Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren (2022: 47). Dies ist die höchste Zahl erfasster jugendlicher Betroffener seit 2019. Die Zahl der betroffenen Kinder hat sich mit **45** Fällen im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht (2022: 16). Der jüngste bekannte Betroffene war zum Zeitpunkt der Tat noch nicht einmal ein Jahr alt:

> *In Angermünde griffen Rechte aus rassistischen Motiven eine Wohnung mit Pyrotechnik an. Die verwendeten Böller waren so stark, dass sie das Fenster,*

1 Nach alten Erfassungskriterien wären **326** Betroffene in die Statistik aufgenommen worden.

hinter dem der Säugling schlief, hätten zerstören und ihn verletzen können. Dieser Vorfall wird als versuchte gefährliche Körperverletzung gewertet.

Angegriffen: Kinder & Jugendliche

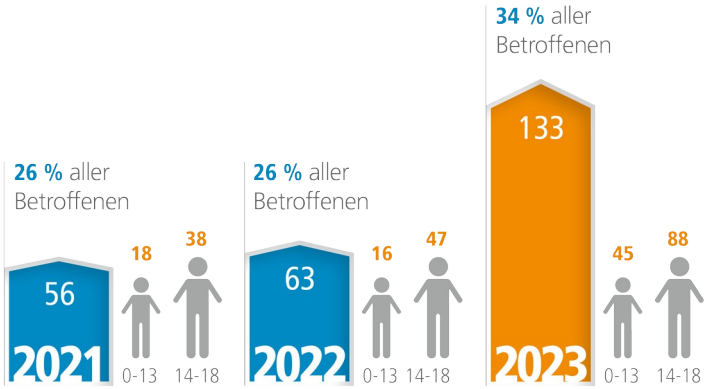

Abb. 6: Die Gesamtzahl direkt betroffener Kinder und Jugendlicher im Vergleich.

Insgesamt wurden **170** männliche (2022: 143) und **82** weibliche (2022: 48) direkt von rechter Gewalt Betroffene erfasst.[2] Dementsprechend haben rechtsmotivierte Angriffe auf Frauen stark zugenommen. In **37** dieser Fälle war Rassismus das Tatmotiv. Darunter fallen sowohl Angriffe auf ganze Familien als auch Übergriffe auf einzelne Frauen im öffentlichen Raum.

Im August ereignete sich in Potsdam-Mittelmark ein Vorfall, bei dem ein Angreifer eine ukrainische Frau rassistisch beleidigte, ihr Fahrrad zu Boden warf und ihr mit der Faust ins Gesicht schlug.

Auffällig ist auch die hohe Anzahl an Gewalttaten gegen politische Gegner:innen (**16**), bei denen ein Zusammenhang zwischen rechter, dezidiert antifeministischer Propaganda und diesen Übergriffen plausibel erscheint. Hinzu kommen mehrere geschlechtsspezifische Angriffe gegen nicht-binäre Personen und Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“.

Rechte Gewalt im Schulkontext

Nach Einschätzung der Opferperspektive ist rechte Gewalt an Brandenburger Schulen ein zunehmendes Problem. Im vergangenen Jahr erregte die Debatte um rechte Umtriebe an der Grund- und Oberschule in Burg (Spreewald)

2 Die Opferperspektive erhebt nicht in jedem Fall Daten über das Geschlecht der Betroffenen, um Fremdzuschreibungen zu vermeiden. In der Praxis kommt es häufig zu Fremdzuschreibungen des Geschlechts durch die Polizei, die vom tatsächlichen Geschlecht der Betroffenen abweicht. Das kann für Betroffene zusätzlich belastend sein. Die folgende Aufschlüsselung basiert auf öffentlich bekannten Angaben zum Geschlecht der Betroffenen, sofern der Opferperspektive nichts Gegenteiliges bekannt ist.

bundesweite Aufmerksamkeit. Zwei Lehrkräfte der Schule machten in einem öffentlichen Brandbrief auf die Raumnahme rechter Schüler:innen und die damit verbundene Bedrohungslage für nicht-rechte, alternative und von Rassismus betroffene Schüler:innen aufmerksam. In der anschließenden öffentlichen Debatte lag der Schwerpunkt auf dem mangelhaften institutionellen Umgang mit rechten Vorfällen seitens staatlicher Behörden. Die beiden Lehrkräfte wurden nach Veröffentlichung des Briefs so massiv angefeindet und als „Nestbeschmutzer“ diffamiert, dass sie letztendlich die Schule verließen. Dieser Vorfall ist exemplarisch für das gegenwärtige gesellschaftliche Klima und verdeutlicht, mit welchen Konsequenzen Menschen rechnen müssen, die sich öffentlich gegen rechte Tendenzen positionieren, und welchen Mut dies inzwischen erfordert.

Die Ereignisse in Burg sind zudem bezeichnend für das Gebaren von AfD-Mandatsträger:innen. So positionierte sich der Cottbuser AfD-Fraktionschef Hohm gemeinsam mit einem Begleiter am Rand einer Kundgebung vor dem Schulamt, zu der das von den Lehrkräften initiierte Bündnis „Mehr Demokratie an Schulen“ aufgerufen hatte. Dort machte er offensiv Fotoaufnahmen von den Redner:innen – ein Vorgehen, das ansonsten eher aus der „Anti-Antifa“-Arbeit des militanten Neonazispektrums bekannt ist. Als die Lehrkräfte bekannt gaben, die Schule aufgrund einer gegen sie gerichteten Sticker-Aktion und weiterer Bedrohungen verlassen zu wollen, kommentierte Hohm dies mit den Worten: „Bürgerschaftliches Engagement wirkt.“ Diese Äußerung kann letztlich nur als eine unverhohlene Billigung der gegen die Lehrkräfte gerichteten Angriffe interpretiert werden.

Dass es sich bei der Situation in Burg um keinen Einzelfall handelt, zeigt der brandenburgweit gravierende Anstieg der Angriffe auf Kinder und Jugendliche. Dieser lässt sich nicht allein durch ein verändertes Meldeverhalten und eine größere gesellschaftliche Aufmerksamkeit nach den Ereignissen in Burg erklären. **15** Gewalttaten gegen Kinder und Jugendliche ereigneten sich in Bildungseinrichtungen im Jahr 2023 (2022: 1), in **11** Fällen handelte es sich dabei um Körperverletzungsdelikte.

> *Beispielsweise wurde Anfang September in Oberhavel ein Schulkind aus rassistischen Motiven von einem deutlich älteren Mitschüler so massiv geschlagen, dass es das Bewusstsein verlor und einen Nasenbeinbruch erlitt.*

Solche Angriffe durch noch minderjährige Schüler:innen spiegeln ein fest verankertes rechtes und rassistisches Weltbild innerhalb des Elternhauses oder der Lokalgesellschaft wider. Die Berater:innen der Opferperspektive stellen immer wieder fest, dass die Täter:innen Kinder von Eltern sind, die in

ihrer eigenen Jugend während der sogenannten Baseballschlägerjahre weitgehend ungestraft rechte Straßengewalt ausübten und rechte Dominanz durchsetzen konnten.

Besonders gravierend ist rechte Gewalt an Schulen, wenn sie vom Lehrpersonal ausgeht:

> *Nach Informationen der Opferperspektive griff Ende September ein Lehrer in Cottbus aus rassistischen Motiven zwei Schüler mit Fluchtbiografie im Unterricht körperlich an. Ein syrisches Kind wurde dabei so schwer verletzt, dass es mehrere Tage stationär im Krankenhaus behandelt werden musste. Darüber hinaus soll sich der Lehrer im Unterricht rassistisch über Menschen tschetschenischer Herkunft geäußert und einem tschetschenischen Kind in den Rücken getreten haben, als es ihm widersprach.*
> *Zwar ist der Lehrer mittlerweile nicht mehr an der Schule tätig. Seitens der Schulleitung und der zuständigen Schulbehörde gab es allerdings keine proaktive Kontaktaufnahme oder Informationen über das weitere behördliche Vorgehen für die betroffenen Kinder und ihre Angehörigen. Auch wurde keinerlei Entschuldigung gegenüber den Betroffenen ausgesprochen. Im Fall des syrischen Kindes soll die Schulleiterin sogar versucht haben, den Vater davon abzubringen, eine Anzeige bei der Polizei zu erstatten.*

Dieser völlig unzureichende Umgang mit rassistischer Gewalt zeigt, dass Schulen und Schulbehörden auch nach der öffentlichen Kritik am Umgang mit den Vorfällen in Burg nicht verlässlich für den Schutz und die Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt sorgen und angemessen auf solche Vorfälle reagieren.

Die Vorfälle in Burg und die von der Opferperspektive registrierten rechten Übergriffe im schulischen Kontext im Jahr 2023 sprechen für eine stärkere Etablierung rechter Jugendkultur, die nun sichtbar wird. Hier zeigt sich unter anderem, dass die Strategie rechter Akteur:innen aufgeht, gezielt Jugendliche über soziale Medien anzusprechen, sich dort als harmlos und jugendfreundlich darzustellen und junge Menschen so für ihre Inhalte zu gewinnen.

Gravierendes Ausmaß rassistischer Gewalt

> *In einer kleinen Gemeinde in der Uckermark wurden im März zwei Mitglieder einer polnischen Familie von Nachbar:innen so massiv angegriffen, dass der ältere von beiden dauerhafte körperliche Schäden davontrug.*
>
> *In Oberhavel führten lang anhaltende rassistische Belästigungen und Bedrohungen einer Schwarzen Familie durch Nachbar:innen dazu, dass eines der betroffenen Kinder einen Suizidversuch unternahm.*

Ein Schwarzer Auszubildender in Ostprignitz-Ruppin wurde nicht nur wiederholt von Rechten bedroht, sondern bei einem Angriff auch mit einem Messer in den Kopf gestochen.
Eine Frau, die mit ihrer Familie langanhaltenden rassistischen Belästigungen und Bedrohungen im unmittelbaren Nachbarschaftsumfeld ausgesetzt war, verlor zwei Wochen vor der Geburt ihr Kind und vermutet ebenso wie ihre Ärztin, dass der traumatisierende Stress durch die permanenten Angriffe dies mit verursacht hat.

In all diesen schweren Fällen des vergangenen Jahres mit hohem Unterstützungsbedarf der Betroffenen wurden Menschen von ihnen bekannten Täter – meistens von Nachbar:innen – aus rassistischen Gründen angegriffen. Die Attacken hatten schwerwiegende physische und psychische Folgen. Sie zeigen, dass die Bereitschaft, Migrant:innen, Schwarze Menschen und People of Color mit Gewalt und Drohungen aus der eigenen Nachbarschaft zu vertreiben, oft mit einem Höchstmaß an Enthemmung einhergeht. So schrecken Täter:innen nicht vor potentiell lebensgefährlichen körperlichen Angriffen zurück. Unterschiedslos richten sich diese Attacken gegen Erwachsene und Kinder, Frauen und Männer.

Leider wird in der Beratungspraxis der Opferperspektive deutlich, dass viele Betroffene nur wenig Unterstützung von der Mehrheitsgesellschaft erwarten können. Viel zu oft sind Vermieter:innen, Behörden und andere Nachbar:innen nicht bereit, den Betroffenen zu helfen und den Täter:innen Grenzen zu setzen. Deren Angriffe eskalieren oft über einen längeren Zeitraum. Nicht selten findet eine Täter-Opfer-Umkehr statt, bei der das Umfeld die Betroffenen als Ursache für die Probleme hinstellt.

In Bad Freienwalde wurde im September ein Mann auf offener Straße rassistisch beleidigt, verfolgt und schließlich geschlagen und getreten. Ein solidarischer Passant bot dem Betroffenen Unterstützung an und alarmiert die Polizei.

Dass wie in dem oberen Beispiel, Menschen solidarisch auf die Angegriffenen zugehen und Unterstützung wie z.B. eine Zeugenaussage anbieten, blieb auch in 2023 eher eine Ausnahme.

Der zunehmende Rechtsruck hat massive Auswirkungen auf Betroffene rassistischer Gewalt und ihre Möglichkeiten, mit den erlebten Angriffen umzugehen. Im Wettbewerb um Wähler:innenstimmen nehmen auch einige Politiker:innen demokratischer Parteien rechte Positionen ein und bieten Abschiebung sowie Einschränkungen bei Leistungen für Asylsuchende als Lösung für aktuelle Probleme an. Dies trägt zur gesellschaftlichen Aufwertung von Forderungen der

AfD bei. Verschärfungen des Asylrechts und Maßnahmen wie die Wiedereinführung von Bezahlkarten für Geflüchtete führen zu einer weiteren, materiellen Benachteiligung einer bereits vulnerablen Gruppe. Sie unterstreichen für Betroffene rassistischer Gewalt die Botschaft des Angriffs, dass sie hier im Land nicht willkommen sind und dass ihnen das Leben so schwer wie möglich gemacht werden soll. Dies verringert das Vertrauen der Betroffenen in staatliche Institutionen und darin, dass ihr Leben hierzulande als schützenswert erachtet wird.

Politische Gegner:innen vermehrt im Fokus

An verschiedenen Orten im Land kam es bei Demonstrationen oder öffentlichen Veranstaltungen zu rechtsmotivierten Bedrohungen und Angriffen auf politische Gegner:innen. Dabei unterschied sich für Gegendemonstrant:innen die Bedrohungslage bei AfD-Demonstrationen und AfD-Kundgebungen nicht von der Gefahr, die von Demonstrationen oder Aktionen des klassisch neonazistischen Spektrum ausging. **5** rechte Körperverletzungsdelikte wurden im direkten Zusammenhang mit AfD-Aktionen festgestellt.

> *Bei einer AfD-Demonstration in Mittenwalde Ende April schlug ein Mann auf einen 37-jährigen Gegendemonstranten ein und raubte ihm eine Anti-AfD-Fahne.*
>
> *Im September wurde in Luckenwalde eine Gegendemonstrantin aus einer AfD-Kundgebung heraus mit einem Laserpointer geblendet und einer weiteren Person wurde ins Gesicht geschlagen. Nach der Kundgebung wurde ein Polizist aus rassistischen Motiven angegriffen.*
>
> *In Wittstock griff im Mai ein Teilnehmer einer AfD-Demonstration einen Fotojournalisten an.*

In Frankfurt (Oder) registrierte die Opferperspektive mehrere Übergriffe im Rahmen von Veranstaltungen der „Frankfurter Freigeister“:

> *An einer Oberschule versuchten Mitglieder der Gruppierung, Schüler:innen dazu zu nötigen, Werbematerial für eine bevorstehende Demonstration anzunehmen, und bedrohten sie, als sie sich weigerten.*
>
> *Während einer pro-russischen Demonstration, die am Jahrestag des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine von den „Frankfurter Freigeistern“ angemeldet wurde, bildeten Studierende eine symbolische Sitzblockade auf der Demoroute. Sie wurden von den Demonstrant:innen gewaltsam von der Straße gezogen, geschubst und geschlagen.*

Aber auch jenseits politischer Veranstaltungen kam es zu Bedrohungen und Anfeindungen gegen politische Gegner:innen:

> *Eine junge Antifaschistin wurde in Eisenhüttenstadt massiv bedroht, nachdem sie sich für die Neugestaltung eines Platzes in der Stadt eingesetzt hatte.*
>
> *In Märkisch-Oderland und Frankfurt (Oder) werden junge Antifaschist:innen immer wieder im öffentlichen Raum bedroht und angegriffen.*
>
> *Anfang Dezember erhielt die Bürgermeisterin von Velten (Oberhavel) zahlreiche Beleidigungen und Gewaltandrohungen per E-Mail, nachdem CompactTV, ein Ableger des extrem rechten Compact-Magazins, einen Beitrag ausgestrahlt hatte. In dem Beitrag war die Rede von vermeintlich gewalttätigen Jugendbanden mit Migrationshintergrund am Bahnhof Velten und er enthielt auch selbst eine indirekte Bedrohung gegenüber der Bürgermeisterin.*

LGBTIQ-Feindlichkeit als Schwerpunkt der Rechten

Im vergangenen Jahr wurden der Opferperspektive zahlreiche LGBTIQ-feindliche Vorfälle gemeldet. Darunter waren auch Sachbeschädigungs-, Diebstahl- und Propagandadelikte, die zwar nicht in in das Monitoring einfließen, jedoch das Ausmaß der Anfeindungen gegen die Community verdeutlichen. In der Regel handelt es sich hierbei um Fälle, bei denen die Pridefahne und andere Symbole zerstört, verunglimpft oder gestohlen wurden, was bei vielen LGBTIQ zu einem verstärkten Bedrohungsgefühl führt.

Die Sichtbarkeit der LGBTIQ-Community in Brandenburg nimmt seit einigen Jahren kontinuierlich zu. Es gibt jährliche Prides an verschiedenen Orten, Menschen zeigen sich sichtbar queer in der Öffentlichkeit, Regenbogenfahnen werden als Zeichen der Solidarität oder aus persönlicher Identifikation aufgehängt und junge Queers organisieren sich zunehmend in Gruppen. Gleichzeitig ist LGBTIQ-Feindlichkeit zusammen mit Antifeminismus ein zentrales Element rechter Propaganda. Dies spiegelt sich in entsprechenden rechten Raumergreifungsstrategien wie Social-Media-Kampagnen oder Aufkleber-Aktionen wider.

Es gab auch gewalttätige LGBTIQ-feindliche Angriffe, die Eingang in das Monitoring der Opferperspektive fanden. Die schwerwiegendsten davon lassen sich auf eine Kombination aus queerfeindlichen und anderen rechten Motiven zurückführen, insbesondere Rassismus und Hass auf politische Gegner:innen.

Ein besonders gravierender Angriff ereignete sich im Juni in Spremberg, als ein Brandsatz auf eine Kirche geworfen wurde, nachdem dort eine Regenbogenfahne gehisst worden war. Nur durch glückliche Umstände breitete sich das Feuer nicht auf das Pfarrhaus aus, in dem zum Tatzeitpunkt vier Personen schliefen. Die Kirchengemeinde positioniert sich seit einiger Zeit offensiv und klar gegen rechte Umtriebe und Strukturen in der Region.
Im Februar wurden am Campus der Universität Potsdam in Golm zwei Personen aus queerfeindlichen Motiven mit Schlägen und Tritten angegriffen. Dieser Angriff war Teil einer Reihe von rechten Angriffen und Anfeindungen, die sich insbesondere gegen (vermeintlich) ausländische und linksalternative Studierende richteten.

Im Juli wurde in Rheinsberg eine Person vor einem Supermarkt queerfeindlich beleidigt und anschließend von zwei Tätern mit einem Klappmesser bedroht, geschubst und geschlagen.

Im September wurden Teilnehmende der Frankfurt-Słubice-Pride in Frankfurt (Oder) mit Eiern beworfen.

Antisemitismus und die Folgen des Anschlags der Hamas

Seit dem islamistischen und antisemitischen Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel fühlen sich Jüdinnen:Juden global nicht sicher. Auch in Brandenburg sehen sich Jüdinnen:Juden einem verstärkt antisemitischen Klima ausgesetzt, das bei vielen von ihnen die Angst vor physischen Angriffen verstärkt und Einfluss auf ihr alltägliches Leben hat. Besonders dort, wo jüdisches Leben sichtbar ist, nehmen antisemitische Anfeindungen seit dem 7. Oktober 2023 zu.

Im Oktober wurde in Brandenburg/Havel bei einer Solidaritätsdemonstration eine jüdische Rednerin massiv verbal angegriffen.

In Fürstenwalde wurde im November ein Schaukasten der evangelischen Gemeinde, in dem sich eine Solidaritätsbekundung mit Jüdinnen:Juden befand, beschädigt, und es wurden Steine auf die Fensterscheiben des Pfarrhauses geworfen.

In Potsdam wurde im November eine junge Frau, die einen Davidstern sichtbar an einer Kette trug, an einer Straßenbahnhaltestelle angespuckt.

Sozialdarwinistische Gewalt

Im vergangenen Jahr verzeichnete die Opferperspektive 6 sozialdarwinistische Angriffe (2022: 1). 4 dieser Attacken richteten sich gegen sozial Benachteiligte

beziehungsweise Wohnungslose, 2 Übergriffe gegen Menschen mit Behinderung.

> *Im Juli attackierten in Bernau mehrere Jugendliche einen Mann, der Pfandflaschen sammelte. Einer der Angreifer entriss ihm einen Stock, den er bei sich hatte, und schlug damit auf ihn ein. Die Gruppe trat und schlug den Betroffenen sogar weiter, als dieser bereits am Boden lag.*

> *Ein besonders alarmierender Vorfall ereignete sich in Prenzlau, als eine Gruppe Jugendlicher im Juni einen wohnungslosen Mann attackierte und massiv erniedrigte. Die Jugendlichen schlugen den desorientierten Betroffenen abwechselnd ins Gesicht und feuerten sich dabei gegenseitig an, während sie die Tat filmten. An die Öffentlichkeit geriet der Fall nur dadurch, dass die Täter ihre Aufnahmen im Nachhinein auf Instagram und Facebook teilten.*

Ähnliche Fälle haben sich in letzter Zeit auch bundesweit ereignet: Im Mai 2023 verprügelten vier Jugendliche in Eschwege (Hessen) einen Obdachlosen, filmten ihre Tat und veröffentlichten das Video in sozialen Netzwerken. Im Oktober griff eine Gruppe Jugendlicher in Horn-Bad Meinberg (Nordrhein-Westfalen) einen wohnungslosen Mann so massiv an, dass er die Attacke nicht überlebte. Auch sie filmten die Tat. Anfang Februar 2024 attackierten in Moers zwei Jugendliche zwei Obdachlose und filmten sich dabei. Einer der Angegriffenen musste ins Krankenhaus eingeliefert werden und verstarb wenige Tage später. Diese Form der Tatbegehung, bei der die Täter:innen ihr Handeln selbst dokumentieren und sich sogar in sozialen Medien damit brüsten, deutet auf ein sehr geringes Unrechtsbewusstsein und auf eine tief verinnerlichte Abwertung wohnungsloser Menschen hin.

Diese Taten sind extrem gefährlich – und dies erfordert eine wesentlich intensivere Prävention. Dazu gehört die Bekämpfung sozialdarwinistischer Vorstellungen, die sich auch in öffentlichen Diskussionen manifestieren, in denen arme Menschen als ‚faul', ‚dumm' und ‚selbst für ihr Schicksal verantwortlich' dargestellt werden. Die Opferperspektive geht davon aus, dass die Dunkelziffer bei Angriffen auf obdachlose Menschen beträchtlich ist, da sich die Betroffenen oft in äußerst prekären Lebensverhältnissen befinden und meist mehrfache Belastungen wie psychische Erkrankungen oder Suchtprobleme das Aufsuchen von Beratungsstellen erschweren.

Ausblick

Gerade mit Blick auf das Wahljahr 2024 und die unverhohlen geäußerten Umsturz- und Vertreibungsfantasien der extremen Rechten befürchtet die Opferperspektive eine Eskalation rechter Gewalt, wie sie zuletzt in den Jahren

2015 bis 2017 zu verzeichnen war. Die hohen Zustimmungswerte für die extrem rechte AfD führen zu einem Ermächtigungsgefühl der rechten Szene und könnten dazu führen, dass sie ihre Vorstellungen noch vehementer mit Gewalt durchsetzt. Rechte Narrative und Denkmuster finden derzeit auch außerhalb der rechten Szene Anklang, was zu einer Hegemonialstellung führt, in der kein Widerspruch mehr geduldet und dieser gegebenenfalls mit Gewalt geahndet wird. Das ist die gesellschaftliche Stimmung, die Realität in Brandenburg Anfang 2024: ein rechtes Grundrauschen. Umso mehr verdienen die aktuellen Kundgebungen gegen Rechts, auch in kleineren Orten des Landes, Respekt und Anerkennung.

Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Statistik
rechter Gewalt 2021 in Brandenburg

Impressum:
Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam
+49 (0) 331 8170000 | info@opferperspektive.de | www.opferperspektive.de
Grafiken: Peer Neumann